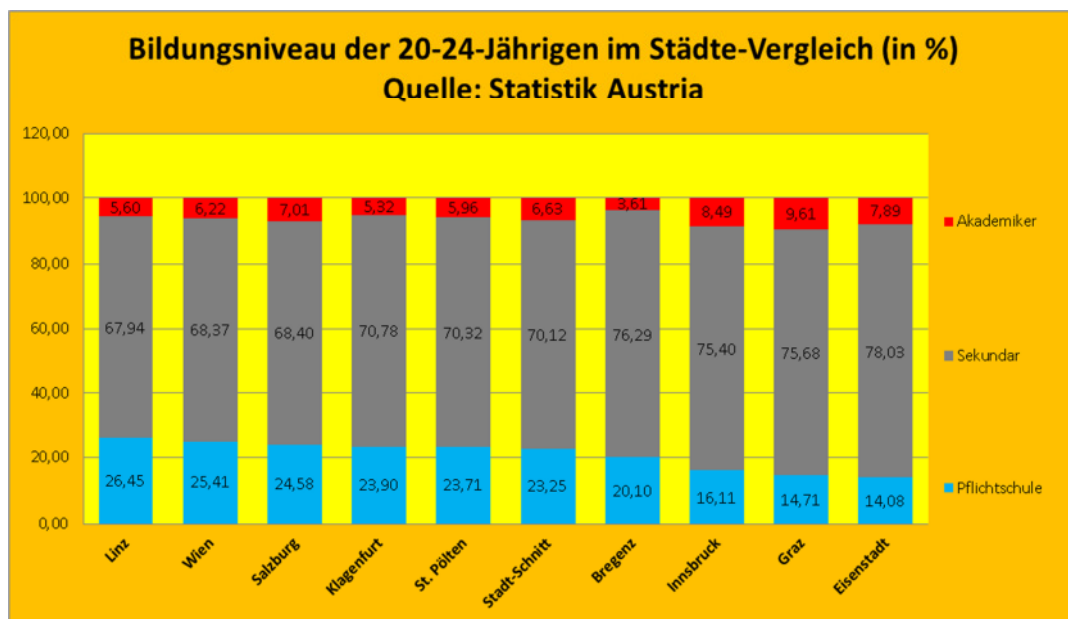


KAMPF GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Die aktuellen Daten per Ende Februar 2015 vom Linzer Arbeitsmarkt liegen vor: demnach sind in der Landeshauptstadt derzeit 11.895 Menschen ohne Arbeit, davon 9.851 unmittelbar in Arbeitslosigkeit und 2.044 in Schulungsprogrammen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei der Situation in der Jugendbeschäftigung gelten. Auch dort ist die Situation anhaltend trist: Linz verzeichnet nämlich 2.247 junge Menschen ohne Arbeit – ein weiterer trauriger Rekord und ein neuerlicher Zuwachs um +3,1 % gegenüber Jänner 2015. Von diesen 2.247 Unter-24-Jährigen ohne Arbeit befinden sich 1.358 in Arbeitslosigkeit und 889 in einem Überbrückungsprogramm.

Strukturell zeigt sich im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit in Linz, dass 60 % der jungen Arbeitslosen und 82,2 % der Jungen in den Überbrückungskursen maximal über Pflichtschulabschluss verfügen. Außerdem sind junge Migranten in der Schar der Arbeitslosen mit 33 % sowie auch in der Schar der jungen Schulungsbesucher mit 32,2 % deutlich über dem Bevölkerungsschnitt vertreten. Wie sehr gerade das niedrige Bildungsniveau vieler junger Menschen in Linz die Herausforderung erhöht, zeigt ein Städtevergleich:



Demnach ist Linz österreichweit die Landeshauptstadt mit der höchsten Quote an geringqualifizierten jungen Menschen. Während in Linz bei der Messung der 20-24-Jährigen 26,5 % maximal einen Pflichtschulabschluss vorweisen können, sind es zB. in vergleichbaren Städten wie Innsbruck oder Graz deutlich weniger mit 16,1 % bzw. 14,7 %. Daher fordert die ÖVP seit Monaten die Ausbezahlung der zugesagten städtischen Fördermittel für die Abwicklung von Jugend-Qualifizierungsprogrammen, die jungen Menschen ohne Arbeit den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt ebnen sollen. Dabei geht es um die individuelle Perspektive für Junge genauso wie um die Sicherung des familiären und sozialen Friedens. Und: Linz wird es sich auf Dauer angesichts steigender Bedarfswahlen an Fachkräften nicht erlauben können, einen hohen Sockel an minderqualifizierten, arbeitslosen jungen Zuwanderern beizubehalten.

Daher wird die ÖVP Linz am kommenden Donnerstag gemeinsam mit der SPÖ folgenden Dringlichkeits-Antrag zur Debatte und Abstimmung vorlegen:

Vor dem Hintergrund der auch im Jugendbereich gestiegenen Arbeitslosenzahlen in Linz unterstützt die Stadt Linz Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik für arbeitslose Linzer Jugendliche mit zusätzlich maximal € 500.000,- im Jahr 2015.

- 1) Die für Wirtschaft und Soziales zuständigen Stellen der Stadt werden gemeinsam beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem AMS, dem Land Oberösterreich und den verschiedenen Trägern aus dem Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, dem Stadtsenat bzw. dem Gemeinderat die konkreten Förderbeschlüsse oder Beauftragungen von Unterstützungsmaßnahmen für arbeitslose Linzer Jugendliche zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 2) Die Verrechnung der Förderungen oder Beauftragungen in Höhe von maximal €500.000,- € an die jeweiligen Träger erfolgt für das Rechnungsjahr 2015 auf neu einzurichtenden, in einer Deckungsgruppe verbundenen, Voranschlagstellen im Wirtschafts- und Sozialressort. Soweit eine finanzielle Bedeckung nicht durch Kreditübertragungen möglich ist, wird eine Kreditüberschreitung für den Voranschlag 2015 in der Höhe von max. € 500.000,- genehmigt.“

Basis für die entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen sollen nach Ansicht der ÖVP Linz die Ergebnisse des Arbeitsmarkt Gipfels bei Stadträtin Wegscheider sein und die ersten Ergebnisse einer seitens der Stadt Linz in Auftrag gegebenen soziologischen Analyse des Linzer Jugendarbeitsmarktes.

Verwendet werden sollen die städtischen Fördermittel zur Aufstockung bestehender Initiativen in der Aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie auch zum Start neuer Programme oder zur besseren Koordination zwischen verschiedenen Initiatoren. Nach dem GR-Beschluss sollen die Wirtschaftsstadträtin und der Sozialreferent gemeinsam die Abstimmung mit AMS, Land OÖ und den weiteren Programmträgern suchen sowie dann dem Stadtsenat bzw. dem Gemeinderat die konkreten Förderanträge oder Auftragsvergaben an externe Partner der Aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Beschlussfassung vorlegen.

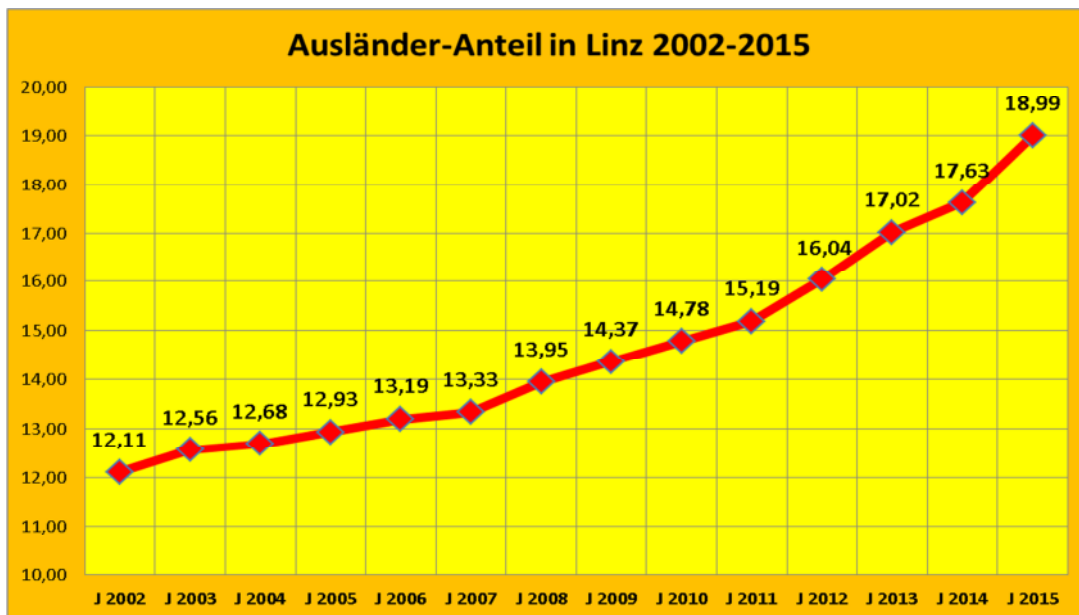
Das aktuelle Erwerbskarrieren-Monitoring zeigt für den Personenkreis, der nur über einen Pflichtschulabschluss verfügt, folgende Spirale nach unten:

- **Geringer Verdienst und hohe Armutsgefährdung**
- **Hohes Risiko von Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit**

Österreichweit wird die Zahl junger Menschen, die zwischen 15 und 18 Jahren eine Ausbildung abbrechen oder nach der Pflichtschule direkt auf den Arbeitsmarkt strömen mit 35.000 angegeben. Schon der Zugang zum Arbeitsmarkt gestaltet sich für Pflichtschulabgänger höchst schwierig: 45,1 % dieser Bewerber warten länger als 1 Jahr um überhaupt einen Job antreten zu können. Deutlich besser wären die Aussichten zB. mit einem Lehrabschluss: dann warten nur mehr 8,4 % länger als ein Jahr, 47,5 % finden dagegen schon in den ersten 3 Monaten einen Arbeitsplatz.

Angesichts dieser Fakten erwartet die ÖVP Linz breite Zustimmung zum Antrag. Immerhin geht es um individuelle Perspektiven, um die Sicherung des sozialen Friedens und um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Linz.

SICHERHEIT DURCH INTEGRATION



Seit der letzten Volkszählung 2001 ist die Zahl der in Linz wohnenden Ausländer um +69,8 % gestiegen – konkret von 22.171 auf nunmehr 37.640.

Damit ist die Ausländerquote in der Linzer Wohnbevölkerung von 12,1 % auf jetzt 18,9 % angewachsen. Die höchsten Ausländerquoten zeigen sich im Makartviertel (34,1 %), in der Neuen Welt (30,8 %), in Kleinmünchen (30,0 %) sowie in Neustadtviertel (28,9 %) und Franckviertel (28,3 %).

Im Vergleich der letzten fünf Jahre zeigen sich in Linz die höchsten Zuwächse bei Menschen mit rumänischer Staatsbürgerschaft. Dahinter folgen in der Zuwachsdynamik Kosovaren, Ungarn und Menschen mit bosnischer Staatsbürgerschaft. Damit ist auch mit der These aufgeräumt, es seien primär Bürgerinnen und Bürger aus dem westlichen Kern der Europäischen Union, die das Gros der Zuwanderung nach Linz bilden!

	J 2015	J 2010	Differenz
Rumänien	3.348	1.454	1.894
Kosovo	1.848	606	1.242
Ungarn	1.417	509	908
Bosnien	4.860	4.123	737
Deutschland	2.880	2.274	606
Afghanistan	914	393	521
Serbien	1.749	1.241	508
Slowakei	762	402	360
Kroatien	2.203	1.847	356
Türkei	3.366	3.061	305
Syrien	364	62	302
Polen	877	597	280
Bulgarien	526	255	271
Slovenien	386	120	266
Mazedonien	1.036	795	241
Italien	452	255	197
Iran	344	185	159
Russland	1.284	1.130	154
Spanien	231	78	153
Tschechien	634	483	151
Griechenland	165	50	115
Indien	227	123	104

Außerdem: ob nun EU-Bürger oder Nicht-EU-Bürger – die ÖVP tritt dafür ein, allen Migranten in Linz eine Orientierung zu geben sowie wechselseitige Rechte und Pflichten im Zusammen-

leben zu definieren. Zumal auch mit 22.941 weiterhin der überwiegende Teil der 37.640 in Linz lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus Ländern außerhalb der Europäischen Union stammt. Dabei liegen an der Spitze die Herkunftsregionen Bosnien, Türkei, Kosovo, Serbien, Russland, Mazedonien und Afghanistan.

Angesichts dieser Entwicklungen und dem auch international aufgeheizten Integrations-Klima fordert die ÖVP Linz konsequente Schritte hin zu einem geordneten und friedlichen Zusammenleben zwischen den Nationalitäten und Kulturen. Die ÖVP startet daher in der kommenden Gemeinderatsitzung am 5. März 2015 eine neue Initiative zur Einführung von Integrationsverträgen, die sowohl zwischen der Stadt Linz und Einzelpersonen mit Migrationshintergrund als auch zwischen Stadt und Migrantenvereinen wechselseitig Rechte und Pflichten für ein geordnetes Zusammenleben festschreiben.

Vorbild dafür sind Regelungen in deutschen Städten, wo in solchen Integrationsverträgen die notwendigen Verhaltensweisen der Zuwanderer

genauso festgeschrieben werden, wie etwa gezielte Unterstützungsleistungen der Stadtverwaltung oder klare Integrations-Konzepte der verschiedenen Migrantenvereine. Gerade im Verhältnis zwischen Stadt Linz und Migrantenvereinen hat sich in der Vergangenheit eine breite Grauzone entwickelt, in der zwar städtische Förderungen ausbezahlt werden, ohne aber den Mehrwert der geförderten Aktivitäten für das Integrationsklima jemals zu evaluieren.

Die ÖVP sieht daher in den Integrationsverträgen ein Instrument, Transparenz in die städtische Integrationspolitik zu bringen und damit Vorurteile sowie Vorbehalten gegenüber Migranten und deren Vereinen abzubauen. Wenn jede Seite weiß, was sie im Sinne der Integration zu leisten hat, wird auch für die breite Öffentlichkeit das integrative Bemühen klar erkennbar. Daher appelliert die ÖVP an die politischen Mitbewerber, durch einen Gemeinderatsbeschluss den Weg zu diesen Integrationsverträgen freizugeben. Die bisherigen Bemühungen der ÖVP in diese Richtung sind nämlich am Widerstand von SPÖ und Grünen gescheitert.

NEUER IMPULS DURCH DIALOG-KONFERENZ

Am 13. Jänner 2015 fand unter dem Eindruck der dramatischen Anschläge von Paris bei Bundespräsident Heinz Fischer eine Dialogrunde mit Vertretern der in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaften statt. Eingeladen waren laut Präsidentschaftskanzlei Kardinal Christoph Schönborn, Bischof Michael Bünker, Bischofsvikar Ioannis Nikolitsis, Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg, Präsident Fuat Sanac und Superintendent Lothar Pöll. Laut Angaben der Austria Presseagentur haben auch die Bundesminister Sebastian Kurz und Josef Ostermayer an der Unterredung teilgenommen.

Im Anschluss an die Dialogrunde wurde eine „Gemeinsame Erklärung“ der Teilnehmenden über die aktuelle Lage nach den Anschlägen von Paris und über Wege hin zu einem friedlichen Zusammenleben veröffentlicht. Punkt 9

dieser Erklärung lautet laut Veröffentlichung der Präsidentschaftskanzlei: „Maßnahmen, die für die Zukunft mehr Sicherheit bewirken sollen, können nicht auf die Ausrüstung der Sicherheitsbehörden beschränkt sein, sondern müssen auch Bildungspolitik und Integrationspolitik umfassen.“

Auch die kommunale Integrationspolitik ist daher aufgefordert, mit Initiativen vor Ort maßgeblich zu einem friedlichen Miteinander und einem geordneten Zusammenleben beizutragen. Angesichts der derzeitigen Bedrohungs- und Stimmungslage ist es wichtig, die integrationspolitischen Leistungen und Anstrengungen der Stadt, der Zuwanderer und der Migrantenvereine transparent darzustellen sowie laufend auf höchstmögliche Effektivität hin auszurichten.

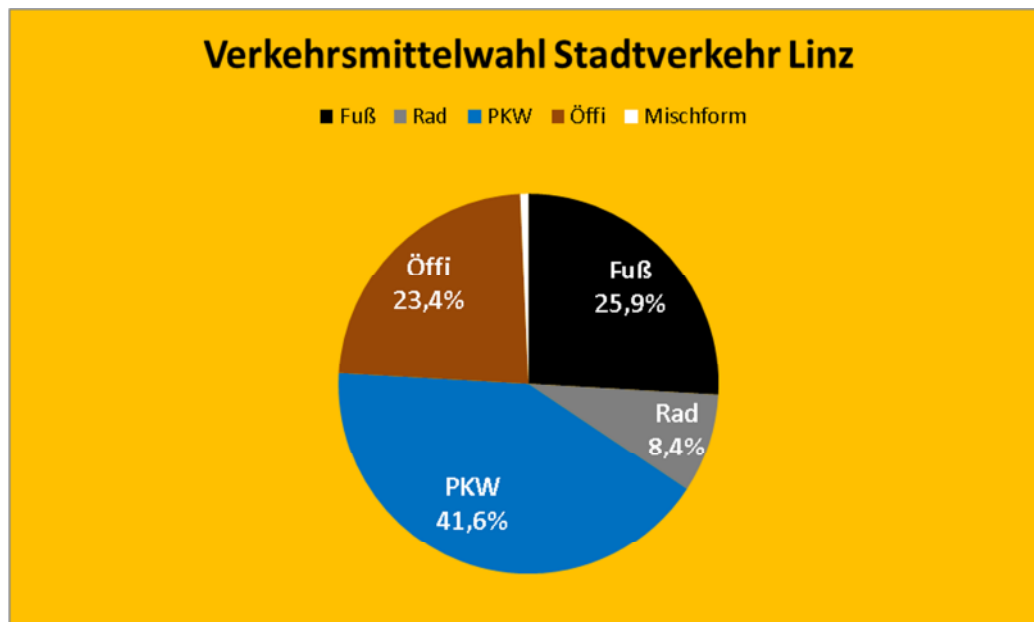
Daher stellt die ÖVP Linz folgenden Antrag:

Das für „Angelegenheiten der Integrationsförderung“ zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenates wird ersucht, nach dem Vorbild mehrerer deutscher Städte ein System an Integrationsverträgen zu konzipieren und einzuführen, das darauf ausgerichtet ist

1) zwischen der Stadt Linz und Zuwanderern mit ausländischer Staatsbürgerschaft einerseits individualisierte Hilfestellungen/Leistungserfordernisse bei Integrationsbedarf festzuschreiben und andererseits auch die wichtigsten gesellschaftlichen Regelungen bzw. Normen für ein geordnetes Zusammenleben in der Wohngegend zu vermitteln

2) sowie die Entscheidung über freiwillige städtische Integrations-Förderungen bzw. derartige Subventionen an Migrantenvereine in Hinkunft davon abhängig zu machen, ob diese Vereine nachweislich gemäß den Schwerpunkten im Linzer Integrationsprogramm tätig sind und diese Erfordernis ausdrücklich in einem Integrationsvertrag mit der Stadt Linz bestätigen.

INITIATIVEN FÜR DIE SANFTE MOBILITÄT



Das Gesamtverkehrskonzept des Landes OÖ für den Ballungsraum Linz sieht vor, bis 2025 den Anteil des Umweltverbundes (Fußgeher, Rad, Öffentliche Verkehrsmittel) weiter zu erhöhen. Über die gesamte Stadtregion gerechnet soll der trendmäßige Anstieg des PKW-Anteils von 64 % auf 68 % verhindert werden, indem der Anteil des Umweltverbundes von 36 % auf 40 % erhöht wird. Die Zahl der jährlichen PKW-Wege in der Stadtregion Linz wird dadurch nicht von 431 Millionen Fahrten auf 494 Millionen Fahrten ansteigen, sondern nur mehr auf einen Wert von 436 Millionen PKW-Fahrten pro Jahr.

In diesem Sinne braucht es auch begleitende verkehrspolitische Initiativen direkt in den Netzen auf Linzer Stadtgebiet. Dazu wird die ÖVP in der kommenden Sitzung des Linzer Gemeinderates zwei Initiativen einbringen:

- **Ticketverkauf und Ticketentwertung direkt in Bus / Straßenbahn**
- **Fahrrad-Konzept für das neue Kepler-Universitätsklinikum**

IMPULS FÜR HÖHERE KUNDENFREUNDLICHKEIT

Künftig soll es also möglich sein, Fahrscheine auch direkt in den Bussen und Straßenbahnen zu lösen bzw. zu entwerten. Damit trägt die ÖVP vermehrten Beschwerden darüber Rechnung, dass Verkehrsmittel im strikten Fahrplankontakt Fahrgästen vor der Nase wegfahren. Die ÖVP verweist dabei auf Lösungen in Graz und Salzburg, wo Fahrscheine ebenfalls direkt in den Öffentlichen Verkehrsmitteln zu lösen oder zu entwerten sind. Im Antrag wird das Management der Linz-Linien ersucht, diese Verbesserung zu prüfen und einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Wer in Verkehrsmitteln der Linz-Linien ohne gültigen oder entwerteten Fahrschein erlappt wird, wird mit einem Bußgeld von 60 Euro belegt.

„Wir sehen unseren Vorschlag als Beitrag zur weiteren Verbesserung der Kundenfreundlichkeit der Linz-Linien und gehen davon aus, dass der Vorschlag vom Management entsprechend wohlwollend aufgenommen und geprüft wird. Schließlich müssen sowohl Kommunalpolitik als auch Unternehmen ein Interesse an der ständigen Weiterentwicklung der Serviceleistungen im Öffentlichen Verkehr haben“, unterstreicht ÖVP-Klubobfrau Elisabeth Manhal.

Laut Angaben der Linz-Linien sind pro Jahr 8,7 Millionen Fahrgäste mit Einzelfahrscheinen unterwegs, weitere 2,1 Millionen Fahrgäste mit Mehrfahrtenkarten und 69,9 Millionen Fahrgäste mit einer Wochen-, Monats- oder Jahreskarte. Was die Verteilung der Fahrgäste auf die Verkehrsmittel anbelangt, ergibt sich laut Linz-Linien folgendes Bild: 55,8 % der Fahrgäste entfallen auf das Straßennetz und 43,1 % auf die Busse bzw. O-Busse.

Schon in der Vergangenheit hat sich die ÖVP wiederholt für Verbesserungen im Serviceangebot der Linz-Linien eingesetzt – beispielsweise für die Installation von Fahrscheinautomaten mit Wechselgeldfunktion, für die Gültigkeits-Ausweitung der Tageskarte auf 24 Stunden, für die Einführung der Nacht-Linien oder für die Einführung der Jugend-Freifahrt abseits der Schulwege. „Für uns

liegt die Zukunft der urbanen Mobilität im öffentlichen Verkehr. Dafür braucht es die Modernisierung der Serviceleistungen und – so Prognosen – eine Ausdehnung der Fahrleistung. Laut Bevölkerungsprognose werden nämlich schon 2021 täglich 6.700 Fahrgäste mehr auf die Linz-Linien warten als heute“, so ÖVP-Klubobfrau Manhal.

MEHR CHANCEN FÜR DAS FAHRRAD

Linz hat ein Ziel und der Gemeinderat wird auf Antrag der ÖVP weitere Maßnahmen zugunsten des Radverkehrs einleiten: der Verkehrsausschuss nimmt laut Beschluss vom 10. April 2014 die Errichtung von weiteren Radabstellplätzen und Service-Stationen in der Innenstadt in Angriff sowie den Austausch veralteter Abstellrichtungen gegen moderne, diebstahlsichere Ständer. Die Zielsetzung der Stadt Linz ist klar: bis zum Jahr 2020 soll der Radverkehrsanteil von derzeit 7,2 % auf dann 15 % ansteigen. Heißt: statt derzeit 36.971 Radfahrten führen dann 83.273 Radfahrten pro Tag durch Linz.



„Ein ambitioniertes Ziel, aber machbar, wenn der derzeitige Weg der politischen Kooperation weiter fortgesetzt wird“, bilanziert ÖVP-Klubobfrau Elisabeth Manhal. Sie tritt dafür ein, die noch bestehenden Defizite im städtischen Radwegenetz zu beheben und begleitend auch die Infrastruktur für Radfahrer zu verbessern – wie eben das Angebot an innerstädtischen Abstellmöglichkeiten.

Laut der Verkehrserhebung für Linz dominieren bei der Radnutzung derzeit die Wege zu Freizeitwecken (7.511 pro Tag). Die Wege zur Arbeit (6.504 pro Tag), im Dienstbetrieb (922 pro Tag), zum Einkauf (4.835 pro Tag) oder zu Ausbildungsstätten (2.127 pro Tag) liegen zum Teil noch deutlich dahinter.

In einem Städte-Vergleich des Verkehrsclubs Österreich für 2012 liegt Linz damit derzeit aber noch immer am unteren Ende der Fahrrad-Kette: Innsbruck kommt auf einen Radverkehrsanteil von 23 %, Bregenz erreicht 20 % sowie Graz und Salzburg jeweils 18 %. „Heißt: wenn wir auf Sicht die Spitzenwerte von Innsbruck, Bregenz, Graz oder Salzburg erreichen wollen, muss das Rad in allen Verwendungszwecken deutlich zulegen – und auch die entsprechende Linzer Verkehrspolitik!“, unterstreicht ÖVP-Klubobfrau Manhal.

Der Antrag der ÖVP für die kommende Gemeinderatsitzung lautet:

1. Bereits in der Entstehungs- bzw. Entwicklungsphase des Kepler Universitätsklinikums haben die verkehrsinfrastrukturellen Planungen im Zusammenhang mit der Errichtung des Lehr- und Ausbildungszentrums dahingehend zu erfolgen, dass für die künftigen Studentinnen/Studenten, Bediensteten, Patientinnen/Patienten und Besucherinnen/Besucher ein Anreiz zur Benützung des Fahrrades geschaffen werden soll.
2. Im Sinne dieses Bekenntnisses wird die städtische Verkehrsreferentin beauftragt, aufbauend auf einer Analyse des Ziel- und Quellverkehrs ein Fahrrad-Konzept (farbliche Kennzeichnung der Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten, etc.) zu entwickeln. Dabei soll eine enge Abstimmung bzw. Mitwirkung des Fahrradbeauftragten der Stadt Linz, der Linzer Mobilitätsberatung und der Geschäftsführung der Kepler Universitätsklinikum GmbH erfolgen

ANFRAGEN ZUR LINZER FINANZPOLITIK

Ergänzt werden die geplanten Gemeinderatsinitiativen der ÖVP für die Sitzung am kommenden Donnerstag durch Anfragen aus der Sphäre der Finanzpolitik:

- In einer Anfrage wird Finanzreferent Vbgm. Christian Forsterleitner aufgefordert, den derzeitigen Stand bei der Rückabwicklung der Franken-Anleihe offenzulegen. Speziell im Fokus steht dabei die jüngste Transaktion zu Jahresbeginn 2015. Von besonderem Interesse ist dabei der genau Termin der Konvertierung und der dabei zu Anwendung gekommene Wechselkurs zwischen Euro und Schweizer Franken.
- Ebenfalls auf der Tagesordnung steht eine Anfrage der ÖVP bezüglich Finanzierung der geplanten 2. Schienenachse. Insbesondere wird der Linzer Bürgermeister aufgefordert, endlich bekannt zu geben, wie hoch die dafür aufzuwendenden Mittel der Stadt Linz sein werden. Weiters wird der Bürgermeister gefragt, inwieweit die vom Gemeinderat in Auftrag gegebenen Finanzierungsverhandlungen mit Bundeskanzler und Verkehrsministerium angelaufen sind bzw. Ergebnisse gebracht haben. Schließlich wird der Bürgermeister um eine Präzisierung seiner Idee gebeten, künftig in Linz eine Nahverkehrsabgabe einzuheben.
- Schließlich befasst die ÖVP den Bürgermeister mit einer Anfrage zur bisherigen Höhe der Rechtskosten im Zusammenhang mit den SWAP-Verfahren. Erbeten werden diese Informationen für den Zeitraum seit 2010 und zwar gegliedert in die Bereiche Anwaltskosten sowie Kosten für Gutachten, Analysen und Bewertungen. Außerdem wird abgefragt, in welcher Höhe die Stadt Linz im laufenden Gerichtsverfahren bislang schon Kostenersätze an die Bawag/PSK zu leisten hatte.